



**Gut organisiert  
in die Zukunft!**

# **Gewerkschaft der Polizei**

## **Landesbezirk Hessen**

Wiesbaden, den 19. April 2006

# **Aufruf**

**zur Demonstration –  
„Schlagbaumaktion“  
am 10. Mai 2006  
in Wiesbaden und Mainz**

**Für den Erhalt bundeseinheitlicher Regelungen  
bei Besoldung, Versorgung und Laufbahnrecht.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die DGB-Gewerkschaften rufen euch alle auf, ein Zeichen gegen Besoldungsdumping und Versorgungskürzungen zu setzen.

Arbeitszeitverlängerungen, Weihnachtsgeldkürzungen und Versorgungsabsenkungen waren erst der Anfang. Jetzt wollen Bund und Länder das einheitliche öffentliche Dienstrecht zerstören und damit auch Druck auf den Tarifbereich ausüben.

Es drohen noch mehr Unterschiede in den einzelnen Ländern bei Besoldung, Versorgung, Arbeitszeit, Verschlechterung der Mitbestimmungsrechte und, und, und ...

**Dagegen müssen wir uns wehren!**

**Am 10. Mai 2006, 15:00 Uhr,  
am Brückenkopf, Theodor-Heuss-Brücke  
in Wiesbaden/Mainz-Kastel, Nähe Bahnhof**

Näheres über Anreise, Ablauf, Demo-Kleidung und Demo-Ausrüstung bei den Bezirks- und Kreisgruppen.

## Beamte protestieren gegen Kürzungen

Zollschranken auf der Theodor-Heuss-Brücke

Vom 11.05.2006

Von

Wolfgang Wenzel

Gegen eine drohende Verschlechterung ihrer Bezahlung und der Arbeitsbedingungen demonstrierten gestern rund 2 000 in den DGB-Gewerkschaften organisierte Beamte bei einer bundesweiten Großkundgebung. Die Polizei sprach von 1 500 Teilnehmern. An der Landesgrenze zwischen Hessen und Rheinland-Pfalz, die auf der Theodor-Heuss-Brücke verläuft, errichteten die Gewerkschafter eine Zollstation mit zwei Schranken, um symbolisch gegen die Wiedereinführung der "Kleinstaaterei" zu protestieren. Im Hintergrund stehen die Pläne zur Föderalismusreform, bei der die Länder vom Bund die Kompetenz über das Dienstrecht übertragen bekämen. "Heimliches Ziel dieser Reform sei eine Kürzung der Beamtenbesoldung, sagte das DGB-Bundesvorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock bei der Auftaktkundgebung in der Reduit.



Rund 2000 Beamte demonstrieren auf der Theodor-Heuss-Brücke gegen eine Verschlechterung ihrer Bezahlung. Die DGB-Demo legt in Mainz zeitweise den Verkehr lahm.  
Foto: Sascha Kopp

Gefordert wurden bei der Kundgebung eine Rücknahme der Pläne, soweit sie die Besoldung betrafen, die Gründung einer paritätisch besetzten Kommission für die Altersversorgung sowie eine Aufhebung des Streikverbots für Beamte. Den Ort der zentralen Kundgebung, bei der Gewerkschafter vom hohen Norden aus Brandenburg bis zum Süden des Bundesgebiets anreisten, hatten der DGB und Einzelgewerkschaften wie Verdi, Transnet, GdP, GEW, IG Bau und IG BCE mit Bedacht gewählt. Zwischen den Positionen von Hessen als Befürworterin und Rheinland-Pfalz als Skeptikerin klappte ein großes Gefälle.

"Politik spaltet, Brücken verbinden", lautete das Motto der Aktion, die weit in die Öffentlichkeit hineinwirkte, weil die Heuss-Brücke im einsetzenden Berufsverkehr teilweise gesperrt wurde, um den Gewerkschaftern den Weg nach Mainz zu öffnen. Die Aktion legte in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt streckenweise den Verkehr lahm.

Feuerwehrlaute hatten Fanfaren mitgebracht, vereinzelt nahmen Polizeibeamte in Uniform an der Aktion teil.

Was unter dem Stichwort Föderalismusreform in den Ausschüssen des Bundestags verhandelt werde, sei ein Rückfall in die Zeit vor 1970, als das Dienstrecht für Beamte schon einmal in Länderhoheit war, sagte DGB-Rednerin Sehrbrock.



DRUCKVERSION

URL: <http://www.swr.de/nachrichten/rp/-/id=1682/nid=1682/did=1244014/19a9bpu/index.html>Zum Ausdrucken des Textes benutzen Sie bitte die [Druckfunktion Ihres Browsers](#).**Mainz**

## Beamten-Demo für einheitliches Besoldungsrecht

Mit einem Marsch über die Theodor-Heuss-Brücke zwischen Mainz und Wiesbaden haben mehr als 2.000 Beamte für eine bundeseinheitliche Besoldung und Altersversorgung demonstriert. Die Aktion stand unter dem Motto "Politik spaltet - Brücken verbinden".



[Demonstranten am "historischen" Zollhäuschen](#)

Zu der Demonstration waren nach Gewerkschaftsangaben Beschäftigte aus verschiedenen Bundesländern angereist. Auf der Theodor-Heuss-Brücke errichteten sie symbolisch ein Zollhäuschen, um auf die drohende Spaltung zwischen den Ländern hinzuweisen.

"Die Einheitlichkeit des Beamtenrechts hat sich bewährt", sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christian Zahn zum Anlass der Protestaktion. Er forderte die Bundesregierung zu Änderungen bei der Föderalismusreform auf.

### Warnung vor "Kleinstaaterei"

Die geplante Übertragung der Zuständigkeit für die Beamtenbesoldung auf die Länder führt auch nach Ansicht des rheinland-pfälzischen DGB zurück in die "mittelalterliche Kleinstaaterei". Es könne nicht sein, dass mit dieser Reform finanzschwache Länder gegenüber finanzstarken benachteiligt würden. Einen solchen Wettbewerb könne Rheinland-Pfalz nur verlieren. Der hessische DGB-Vorsitzende Stefan Körzell sagte: "Eins ist doch klar: Die Länder wollen die Gesetzgebungskompetenz, um ihre Haushalte zu sanieren."

Der SWR ist Mitglied der ARD

[Impressum](#) 1 © SWR 2006